

Zeno-Zeitung

Rheider Volkszeitung
Generalanzeiger für Bocholt
Anholter und Iffelburger Zeitung.

65. Jahrgang
Verlagsort: Bocholt.
Vertriebsort: Dortmund

Volksblatt
für Bocholt und den Kreis Borken

Nummer 248

Sonntag, den 8. September 1935

Jahrgang 1935

Polen wählt.

Am heutigen Sonntag finden in Polen Wahlen zum Sejm und am darauffolgenden Sonntag die Wahlen zum Senat statt. Sie sind von außerordentlicher Bedeutung, weil sie zum erstenmal unter der neuen Verfassung und nach der neuen Wahlordnung durchgeführt werden. Die Wahlen sind allgemein, geheim, direkt und gleich. Wahlberechtigt sind alle Personen im Alter von über 24 Jahren. Parlamentsmitglied kann dagegen nur ein mindestens Dreißigjähriger werden. Die technischen Vorbereitungen für die Wahlen laufen bereits seit Mitte Juli. Das neue Abgeordnetenhaus, der Sejm, wird nicht mehr wie sein Vorgänger 444, sondern nur noch 208 Mitglieder zählen. Sie gehen aus 104 Wahlkreisen hervor. In jedem Wahlkreis ist aus Vertretern der kommunalen und der wirtschaftlichen Selbstverwaltung sowie aus Mitgliedern der Berufsverbände ein Wahlausschuss gebildet, der vier Kandidaten für jeden Wahlkreis aufzustellen hatte. Als gewählt gelten die beiden Kandidaten, die die meisten Stimmen erhalten.

Es geht schon aus diesen letzten Vorschriften hervor, daß auch Polen als autoritärer Staat die Parteien bei der Parlamentsbildung ausgeschaltet hat. Es war die Autorität des Wahlschaffs, der es verstand, sich gleichwohl im alten Sejm — der letzte 1930 gewählt — eine parlamentarische Mehrheit zu schaffen. Dieser erhielt dann allerdings die Aufgabe, Verfassung und Wahlordnung grundlegend zu reformieren und das Regierungssystem, das im Mai 1926 geschaffen war, ein für alle Mal festzulegen. Die beiden Aufgaben haben Sejm und Senat nach mehrjährigen schweren Kämpfen um die Gestaltung der Verfassung in diesem Frühjahr beendet. Sie wurden darauf durch einen förmlichen Akt des Staatspräsidenten auf Grund des Artikels 13 der neuen Verfassung nach der Ablauf ihrer natürlichen Lebensdauer (9. Dezember) am 10. Juli aufgelöst, da sie, wie das Dekret besagte, die ihnen gestellten Aufgaben nunmehr erfüllt hatten. Die Auflösung war vorher in einer Besprechung zwischen dem Staatspräsidenten Moszicki und dem Ministerpräsidenten allein unterzeichnet worden, der hier zum ersten Mal von seinen neuen erweiterten Verfassungsrechten Gebrauch machte. Zu diesen erweiterten Rechten gehört u. a. auch die Ausschreibung von Neuwahlen für das Amt des Staatspräsidenten. In manchen Warschauer Kreisen erörterte man nach der Auflösung des Parlamentes die Frage, ob der Staatspräsident nach so einschneidenden inneren Reformen auch Wahlen für das höchste Amt vornehmen lassen würde. Der politische Staatspräsident konnte jedoch davon umso mehr absehen, als er bekanntlich nicht nur das uneingeschränkte Vertrauen des verstorbenen Marschalls genoss, sondern auch seine Amtszeit verfassungsgemäß noch fünf Jahre andauert.

Das wesentlichste Unterscheidungsmerkmal der bevorstehenden Wahlen von den bisherigen besteht darin, daß durch die großen inneren Reformmaßnahmen den politischen Parteien und sonstigen Interessengruppen das Recht über die Zusammensetzung des Parlamentes genommen ist. Die neue Verfassung sowohl wie die neue Wahlordnung stellen ihre Maßnahmen in erster Linie auf den Grundlag der Stärkung und Stabilisierung der Staatsautorität ab. Das ging schon aus solchen, nur auf den ersten Blick anscheinend unbedeutenden Einzelheiten hervor wie der Beseitigung des Begriffes „Republik“ aus der Verfassung und dessen Ersetzung durch den Begriff des „Polnischen Staates“. Daß dabei die Erweiterung der Rechte des Staatspräsidenten gleichbedeutend war mit einer Kürzung der Rechte des Parlamentes, ist nur selbstverständlich.

Der Sejm hat nach der neuen Verfassung die Gesetzgebung sowie die Kontrolle der Regierung wahrzunehmen. Er kann den Staatshaushaltsplan beschließen und kann freilich auch nach der neuen Verfassung der Regierung sein Mißtrauen aussprechen. Jedoch braucht der Staatspräsident nicht mehr daraufhin die Regierung zu entlassen. Ja der Rücktritt der Regierung braucht nach der neuen Verfassung noch nicht einmal dann zu erfolgen, wenn der Senat einem Mißtrauensantrag des Sejm zustimmt. Dann bleibt nämlich dem Staatspräsidenten immer noch die Möglichkeit, den Beschluß der beiden Kammern abzulehnen, das Parlament aufzulösen und Neuwahlen auszusprechen. Im übrigen sichert die neue Wahlordnung der Regierung auf jeden Fall die unbestrittene Mehrheit in beiden Kammern: beispielsweise ernannt der Staatspräsident schon allein ein viertes Drittel der Mitglieder des am 15. September zu wählenden Senates, der von 111 auf 96 Mitglieder verringert ist.

Unmittelbar nach Ausschreibung der Neuwahlen war die Opposition (Nationaldemokraten, Bäuerliche Volkspartei, Sozialistische Partei und einige kleinere Splitterparteien) bemüht, den Wahlsieg zu propagieren. Das ist mißlungen. Sowohl die Bäuerliche Volkspartei wie auch die Nationaldemokraten konnten nur einen Beschluß erreichen, wo-

Abessinien unter italienischer Führung nach dem Muster des Irak?

Der neue Vorschlag an Italien.

(1) Paris, 7. September.

Der Sonderberichterstatter der Havas-Agentur, der eine leichte Entspannung in Genf nach der Bildung des Fünfer-Ausschusses feststellt, teilt mit, daß der spanische Vertreter im Völkerbundsrat, Madariaga, zum Vorsitzenden des Fünfer-Ausschusses gewählt worden sei und bemerkt dazu, daß keiner besser als dieser die Geheimnisse des Völkerbundsmechanismus kenne.

In der ersten Sitzung des Fünfer-Ausschusses am Sonnabend vormittag wurde der englische und der französische Vertreter die drei anderen Mitglieder von den

Pariser Zirkel-Besprechungen in Kenntnis setzen und zwar von den Angeboten, die dem italienischen Vertreter Baron Aloisi gemacht worden seien sowie von den Umständen, unter denen diese Angebote durch Aloisi abgelehnt worden seien.

In englischen Genfer Kreisen erkenne man an, daß die französisch-englischen Vorschläge vom Juli nur eine Verhandlungsgrundlage bedeutet hätten. Es handle sich jetzt also für den Fünfer-Ausschuss darum, eine Lösung zu finden, die von Italien eher angenommen werden könnte, ohne allerdings die abessinische Souveränität zu verletzen.

Als Muster hierfür könne der Vertrag dienen, den England mit dem Irak abgeschlossen habe und der sich auf zwei hauptsächlichste Punkte stütze: Die englische Regierung habe dem König vom Irak, der ja auch Mitglied des Völkerbundes sei, alle Freiheit und Unabhängigkeit der Souveräne des britischen Reiches zuerkannt. Seinerseits habe der König vom Irak das besondere Interesse Großbritanniens anerkannt, nämlich die Freiheit seiner Verbindungswege zu sichern, woraus folge, daß er den Engländern das Recht zuerkannt habe, auf seinem Staatsgebiet Flotten- und Luftstützpunkte anzulegen und die Polizei zu kontrollieren. Es scheint, so schließt der Sonderberichterstatter der Agentur Havas, daß der Fünfer-Ausschuss des Völkerbundsrates in gleicher Richtung einen Vorschlag ausarbeiten könnte, der den politischen und wirtschaftlichen Ansprüchen Italiens genüge. Aber der Ausschuss müßte sich darüber klar sein, daß seine Arbeit sehr schwierig und sehr langwierig sein werde.

Auch von der Pariser Morgenpresse wurde die Bildung des Berichterstattungsausschusses in Genf als sicheres Zeichen einer leichten Entspannung bezeichnet. Nur der „Petit Parisien“ geht jedoch soweit, in dieser Tatsache bereits den ersten Schritt der Annäherung des Paragraphen 15 der Völkerbundscharte zu erblicken. Häufiger hört man die bescheidene Formel: „Ein Mindestmaß von Verständigung bleibt im Rahmen des Möglichen.“

Ein persönlicher Erfolg des polnischen Außenministers.

DNB Warschau, 7. September.

Die Genfer Berichte der polnischen Blätter unterstreichen das Zustandekommen des Fünfer-Ausschusses als persönlichen Erfolg des polnischen Außenministers Bede, dem es gelungen sei, die Zustimmung des italienischen Vertreters zu diesem Ausschuss zu erzielen.

Die tatsächliche Lage in Genf wird von „Gazeta Polska“ dahin gekennzeichnet, daß durch die Bildung des Fünfer-Ausschusses zwar der Krieg noch nicht verhindert sei. Es sei aber doch eine sehr reale Grundlage für die weiteren Anstrengungen geschaffen worden, nicht nur den Streitfall beizulegen, sondern auch seine Ursache zu beseitigen. Man habe im Rahmen der menschlichen Möglichkeiten einen geeigneten Weg für die Ansprüche des italienischen Volkes gefunden.

Scharfe italienische Kritik am Völkerbund.

DNB Mailand, 7. September.

„Die Genfer Prozedur ist in eine Sackgasse geraten“, sagt der „Corriere della Sera“ in seinem heutigen Artikel, weil man es zu einer Entgegnung Abessinien auf Italiens Ansprüche habe kommen lassen. Dies ist zugegeben, obwohl man gewußt habe, daß Italien einem solchen Vorgehen widerstehen würde. Es sei sehr schwierig für den Völkerbund, aus dieser Lage herauszukommen, wenn es ihm überhaupt gelingen sollte. Das einzige kluge Element, nämlich die italienische Delegation in Verhandlungen des italienischen Vertreters sei in dem staatlichen Vorkrieg der Erörterungen der Ausschüsse und der Ausschüsse untergegangen. Der befehlte Schiedsspruch möge ruhig tagen, prüfen und seine Ansichten bekanntgeben. Man habe in dem Schiedsspruch für den Zwischenfall von Mai 1934 das beste Beispiel für ein Meisterstück der Suche gefunden.

Italien behalte sich jedenfalls volle Handlungsfreiheit vor. Der Völkerbund sei kein internationales und unparteiisches Tribunal, sondern nur ein Kreis von Diplomaten, in dem die Interessen gewisser Nationen vorherrschen, die zum Schaden der anderen bisher eine Vormachtstellung innegehabt hätten. Der Völkerbund sei also ein Instrument der Unterdrückung und nicht der Gerechtigkeit. Italien aber lasse eine solche Vorherrschaft nicht zu, sondern verlange Gerechtigkeit.

Italien verleiht Tezes Erklärungen

DNB Paris, 7. September.

Das „Echo de Paris“ erzählt aus Genf, der Fall des französischen Professors Teze, des Rechtsbeistandes Abessinien, solle dahin geregelt werden, daß von nun an der abessinische Gesandte in Paris, Camarato, in Genf die Auslassungen des Prof. Teze verlesen werde.

Französische Munition für Italien?

DNB Paris, 7. September.

Der „Populaire“ berichtet ohne Quellenangabe, daß Frankreich Munition an Italien liefere. Am Freitag gegen Mittag seien vier Munitionszüge aus Lyon kommend in Modena eingelaufen.

Sturm an der Wasserkante.

Ausflugsdampfer mit 250 Kindern an Bord aufgelaufen.

Alle Fahrgäste glücklich geborgen.

DNB Hamburg, 7. Sept.

Ueber der Nordsee und dem ganzen norddeutschen Küstengebiet herrschte am Freitag nachmittag und abend stürmischer Nordwestwind, der die See aufwühlte und große Wassermassen in die Elbe trieb. Kleinere Schiffe und Fischerfahrzeuge mußten Schutzhäfen aufsuchen.

Gegen 22 Uhr wurde auf der Unterelbe ein Stader Ausflugsdampfer mit 290 Ausflüglern an Bord, darunter 250 Schulkinder, von der Sturmflut auf die überfluteten Wälder an der Pinnau-Mündung getrieben, wo er auftrieb. Der Dampfer befand sich auf der Rückfahrt nach Uetersen. Feuerwehr mit Scheinwerfern sowie SA, SS und NSKK machten sich sofort an die Bergungsarbeiten. Auch alle Boots- und Motorbootsbesitzer stellten sich mit ihren Fahrzeugen zur Verfügung. Den vereinten Bemühungen gelang es, das schwierige Bergungswerk zum glücklichen Ende zu führen und sämtliche Fahrgäste an Land zu bringen und oder mit Booten abzuführen. Die Kinder, die nicht ausgebootet wurden, mußten von ihren Rettern,

denen das Wasser stellenweise bis an den Hals reichte, durch die weithin überfluteten Ländereien getragen und in Sicherheit gebracht werden. Das nächste Bergungswerk verdient die höchste Anerkennung.

Die Harburger Dampfer „Primus“ und „Delphin“, die den Frachtverkehr zwischen Hamburg und Harburg versahen, wurden gleichfalls vom Sturm in Mitleidenschaft gezogen. Der Dampfer „Delphin“, der von der Anlegestelle in Harburg abgetrieben war, wurde sofort von dem unter Wobdampfer stehenden Dampfer „Primus“ eingefangen und ins Schlepptau genommen. Beim Wenden wurden jedoch beide Schiffe in Richtung der Strahlenföhrden abgetrieben. Sie gerieten zunächst mit einer Klamme zusammen, die ebenfalls von ihrer Vertiefung losgerissen wurde. Mit voller Wucht trieben alle drei Fahrzeuge der Elbbrücke zu. Die „Primus“ konnte sich aber im letzten Augenblick etwas aus der Gefahrenzone herausarbeiten, während der „Delphin“ bis zum Schornstein unter die Brücke geriet und festgeklammert wurde. Die Brücke wurde sofort für den gesamten Verkehr gesperrt. Schleppern gelang es später, die Dampfer und die Klamme wieder an ihren Liegeplatz zu bringen. Personen sind bei dem Unfall nicht zu Schaden gekommen.

Der Führer im Manövergelände.

Der Führer und Oberste Befehlshaber der Wehrmacht traf mit seinem Stabe im Munsterlager ein, um an den Herbstübungen des VI. Armeekorps teilzunehmen. Unser Bild zeigt den Führer auf dem Manövergelände im Gespräch mit dem Reichswehrminister und dem Oberbefehlshaber des Heeres, General der Artillerie Freiherrn v. Fritsch (links), sowie einem höheren Offizier (rechts). (Schert-Bilderberg-W)



nach sich keines ihrer Mitglieder um ein Mandat bewerben oder ein Mandat annehmen dürfte. Auch die daraufhin von der Wahlopposition ausgegebene Parole der Wahlenthaltung wurde kurz darauf bereits durchbrochen: obwohl der Präsident des maßgebenden Gewerkschaftsverbandes, der frühere Abgeordnete Morawski, von seinem Verband die Wahlenthaltung verlangt hatte, beschloß der Gewerkschaftsverband am 21. Juli, mit vier Stimmen Wehrheit, sich vorbehaltlos an der Wahl zu beteiligen. Dagegen haben sich die nationalen Minderheiten überwiegend von vornherein zur Wahlbeteiligung entschlossen, unter ihnen die Deutschen und die

Ukrainer. Wie der kürzlich veröffentlichte Aufruf des Landesleiters der nationalsozialistisch orientierten Jungdeutschen Partei bezeugt, wird es zwar schmerzhaft empfunden, daß die Deutschen von der Vertretung im Sejm durch die neue Wahlordnung völlig ausgeschlossen seien; doch überlasse man die politische Gestaltung des Staates dem polnischen Volk selbst, zumal man mit dem ganzen polnischen Volk zu einem gedeihlichen Zusammenleben kommen wolle. Der übrige Teil der deutschen Minderheit, der Rat der Deutschen in Polen, hat die Beteiligung an der Wahl seinen Mitgliedern ganz in ihre eigene Entscheidung gestellt.

100

10

Die Kämpfe selbst nahmen folgenden Ausgang. Im Mittelgewicht zog Ludwig Schmeißer das Freilos. Im halbschwergewicht holte sich der lange Darmstädter Erieh Siebert gegen seinen engstänigen Kollegen Thomas Ward aus 5:30 einen sicheren Fallzug. Kurt Hornfischer gewann aus Buntten gegen den Thachoslowaten Klauus dank der besseren Arbeit am Boden.

